

6.6 Rechtsextreme Strukturen in der Polizei und Gesellschaft zerschlagen

AntragstellerIn: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Hessen

Tagesordnungspunkt: 7. Anträge (ehemals Top 6, entsprechend Anträge 6.1, 6.2, usw)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

1 In den letzten Wochen sind immer mehr Details über die Drohbriefe des selbsternannten „NSU 2.0“
2 ans Licht gekommen. Anfang September wurde bekannt, dass der „NSU 2.0“ die neue Wohnanschrift
3 der Frankfurter Rechtsanwältin Seda Basay-Yildiz verwendet, die für die Öffentlichkeit gesperrt
4 ist. Insgesamt gingen bundesweit rund einhundert Drohbriefe an Politiker*innen, Anwält*innen,
5 Journalist*innen, Kabarettist*innen, weitere Personen und Organisationen, die sich in
6 verschiedenen Kontexten bereits gegen Rechtsextremismus eingesetzt haben. Dass die Drohbriefe
7 vor allem an Frauen* gingen, deckt sich mit den Erkenntnissen von Forscher*innen, die
8 Antifeminismus als elementaren Teil von rechtsextremistischem Gedankengut ausgemacht haben. Bei
9 der Versendung der Drohbriefe wurden in drei Fällen in Hessen missbräuchlich abgefragte Daten
10 aus Polizeicomputern in Wiesbaden und Frankfurt verwendet. Seit 2 Jahren dauern nun die
11 Ermittlungen schon an, mittlerweile laufen 25 Ermittlungsverfahren. Neben der illegalen Abfrage
12 von Polizeicomputern in Bezug auf rechtsextreme Drohschreiben werden auch in anderen
13 Bundesländern immer wieder neue WhatsApp-Gruppen öffentlich, in denen Polizist*innen
14 rechtsextremistische und rassistische Inhalte austauschen.

15 Erste Ermittlungen haben den Schluss nahegelegt, dass die Reduzierung auf Einzelfälle der
16 Komplexität des Sachverhaltes nicht gerecht wird. Der Verdacht auf ein bundesweites Netzwerk
17 von rechtsextremistischen Polizist*innen und Unterstützer*innen steht im Raum. Es wird
18 versucht, insbesondere Frauen* des öffentlichen Lebens gezielt einzuschüchtern und damit zum
19 Schweigen zu bringen. Das lassen wir nicht zu! Die Betroffenen müssen umfassende
20 Schutzmaßnahmen bekommen, bevor die Akteur*innen die Möglichkeit haben, den Drohungen Taten
21 folgen zu lassen.

22 Gerade wenn Sicherheitsbehörden an extrem rechten Strukturen beteiligt sind, muss umfassend und
23 unverzüglich dafür Sorge getragen werden, dass schonungslos aufgeklärt wird und dass die
24 handelnden Akteur*innen nicht die Möglichkeit bekommen, ihre Taten fortzusetzen. Extrem rechte
25 Strukturen in Sicherheitsbehörden müssen sowohl in Hessen, als auch in ganz Deutschland
26 vollständig zerschlagen werden. Wir begrüßen den im Juli beschlossenen Maßnahmenkatalog zur
27 hessischen Polizei. Die Verbesserung der Datensicherheit und insbesondere die Schaffung des
28 Amtes des*der Bürger- und Polizeibeauftragten sowie die Einsetzung einer Expertenkommission zur
29 Weiterentwicklung des Leitbildes für die hessische Polizei und zur Evaluierung bisheriger und
30 zukünftiger Maßnahmen sind wichtige Schritte zur Wiederherstellung des Vertrauens in die
31 Sicherheitsbehörden.

32 Darüber hinaus stellen wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen fest:

33 • Wir benötigen eine Versachlichung der Debatte durch Wissenschaft! Wir brauchen
34 regelmäßige wissenschaftliche Studien zum Arbeitsumfeld sowie zu politischen
35 Einstellungen und Rechtsextremismus in der Polizei, dem Verfassungsschutz und der
36 Bundeswehr. Nach der ersten Hessischen Studie setzen wir uns nun für deren
37 Weiterentwicklung und bundesweit vergleichbare Standards ein.

38 • Wir müssen zivilgesellschaftliches Engagement gegen rechte Gewalt stärken!
39 Aussteiger*innenprogramme für Neonazis, antifaschistische Dokumentations- und
40 Rechercheprojekte, Initiativen und gemeinnützige Stiftungen sowie Beratungsstellen für

41 Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt werden vom Land Hessen weiterhin dauerhaft
42 und umfassend finanziell gefördert. Dabei streben wir perspektivisch eine höhere
43 Finanzierung von demokratiefördernden Initiativen sowie ein Demokratiefördergesetz an.

44 ◦ Wir müssen Problemreviere besonders unter die Lupe nehmen! Wenn Probleme in
45 einzelnen Einheiten oder Dienststellen besonders gehäuft auftreten, müssen unter
46 Anderem durch Auflösung von Dienstgruppen strukturelle Konsequenzen folgen. Darüber
47 hinaus möchten wir weitere Stellen schaffen, um Disziplinarverfahren noch
48 konsequenter und schneller zu führen, um sicherzustellen, dass jedem Verdacht von
49 menschenfeindlichen Ideologien im Polizeidienst nachgegangen werden kann und
50 konsequent verfolgt wird. Jedoch können dienstrechtliche Maßnahmen nicht die
51 Strafgerichtsbarkeit ersetzen. Deswegen ist für uns klar, dass es notwendig ist,
52 extrem rechte Straftaten innerhalb der Polizei zu ermitteln und die Täter*innen vor
53 Gericht zu bringen.

- 54 • Wir müssen Fehlerkultur fördern! Wie schon im Abschlussbericht des NSU
55 Untersuchungsausschusses des Hessischen Landtages gefordert, muss die Fehlerkultur in der
56 Polizei und in allen Sicherheitsbehörden ausgebaut werden. Die Umsetzung der
57 Handlungsempfehlungen ist ein guter Anfang. Korpsgeist darf einer Aufarbeitung von
58 Missständen nicht im Weg stehen. Die Einsatznachbereitung und Reflektion des
59 polizeilichen Handelns müssen sich wandeln, Whistleblower*innen in der Polizei dürfen
60 keine Nachteile durch ihr Handeln erfahren.
- 61 • Wir müssen antirassistische Kompetenzen ausbauen! In der polizeilichen Aus-, Fort- und
62 Weiterbildung müssen die Inhalte zu Anti-Rassismus und gesellschaftlicher Vielfalt für
63 alle Beamt*innen weiter ausgebaut werden. Polizeibeamt*innen müssen durch Aus- und
64 Fortbildung für die Phänomene politischer, rassistischer, fremdenfeindlicher oder
65 sonstiger menschenverachtender Beweggründe sensibilisiert werden. Wir begrüßen, dass
66 diese Themen und der Komplex NSU als Ausbildungsinhalt im Rahmen des
67 Reakkreditierungsprozesses des Bachelor-Studiengangs weiter vertieft werden. In all
68 unseren Sicherheitsbehörden müssen diese Kompetenzen gefestigt werden.
- 69 • Wir müssen die Polizei diverser aufstellen! Es muss sichergestellt werden, dass alle
70 Geschlechter und Menschen mit Migrationsgeschichte angemessen in unseren
71 Sicherheitsbehörden vertreten sind – auch in Führungspositionen. BIPOCs und Menschen mit
72 Migrationsgeschichte müssen gezielt angesprochen werden, um homogene Strukturen in der
73 Polizei zu durchbrechen und die Polizei inklusiver und diverser aufzustellen. Zuletzt
74 haben deutlich über 20 Prozent der neu eingestellten Polizeibeamt*innen einen
75 Migrationshintergrund. Diese Quote möchten wir weiter steigern.
- 76 • Wir müssen Diskriminierung in Behörden und Polizei unterbinden! Der Anfang September in
77 den Hessischen Landtag eingebrachte Gesetzesentwurf über eine*n unabhängige*n Bürger-und
78 Polizeibeauftragte*n ist ein guter Schritt hin zu mehr Transparenz, Kommunikation und
79 unabhängiger Aufklärung von Missständen in den Behörden. Wir möchten die Arbeit der
80 Stelle regelmäßig evaluieren und bei Bedarf weitere Kompetenzen für die Arbeit des*der
81 Polizeibeauftragten ergänzen. Darüber hinaus wollen wir die Einführung eines hessischen
82 Antidiskriminierungsgesetzes prüfen.

83 Es besteht kein Zweifel: Rechtes Gedankengut hat in unseren Sicherheitsbehörden nichts zu
84 suchen. Wir werden dies jetzt und in Zukunft mit allen rechtsstaatlichen Möglichkeiten
85 bekämpfen, denn antifaschistische Grundwerte sind das Bollwerk unserer Demokratie.

Unterstützer*innen

Lukas Schauder (KV Main Taunus Kreis)